

# Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit



41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 08.03.2017  
Tagesordnungspunkt: FH.FH-SF Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

- 1 Deutschland ist ein sicheres Land, und es soll sicher bleiben. Wir wollen einen starken
- 2 Rechtsstaat, der vor Kriminalität und Terror schützt und den Bürgerrechten verpflichtet ist.
- 3 .
- 4 Religiöse und politische Fanatiker fordern unseren Rechtsstaat heraus. Der
- 5 menschenverachtende Terror des Dschihadismus und die offene Bedrohung durch
- 6 Rechtsextreme
- 7 wie Neonazis und Reichsbürger\*innen zielen gleichermaßen auf unsere freie Gesellschaft und
- 8 ihre Werte. Ihnen stellen wir uns entgegen. Wir tun dies entschlossen, effektiv und
- 9 rechtsstaatlich, mit zielgerichteter Gefahrenabwehr statt mit pauschalen Verdächtigungen und
- 10 Massenüberwachung. Dabei ist für uns klar, Freiheit ist ohne Sicherheit nicht zu haben – und
- 11 das gilt auch umgekehrt. Es ist daher richtig, zu prüfen, ob die neuen Herausforderungen
- 12 auch Gesetzesänderungen notwendig machen. Aber wir sind nicht bereit, falsche Antworten zu
- 13 akzeptieren, die nur alten ideologischen Reflexen folgen und unwirksam sind – so wie zum
- 14 Beispiel die Vorratsdatenspeicherung oder der Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Es ist viel
- 15 wirksamer, gezielt einige hundert Gefährder zu überwachen als 80 Millionen Bürgerinnen und
- 16 Bürger.
- 17 Der schreckliche Anschlag vom Berliner Breitscheidplatz hat erneut massive
- 18 sicherheitspolitische Defizite in der Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden offenbart. Auch
- 19 die nahezu täglichen Übergriffe und Anschläge von Rechten auf Asylbewerberinnen und -
- 20 bewerber zeigen Defizite auf. Das Vertrauen in den Staat war schon zuvor durch rechtswidrige
- 21 Massenüberwachung, das Eigenleben des Verfassungsschutzes und den NSU-Skandal
- 22 beschädigt.
- 23 Zum Vertrauensverlust hat beigetragen, dass das seit zwölf Jahren CDU/CSU-geführte
- 24 Bundesinnenministerium auf neue sicherheitspolitische Herausforderungen immer die gleichen
- 25 hilflosen Antworten gibt. Eilig und ohne Fehleranalyse forciert es Gesetzesänderungen im
- 26 Hauruckverfahren – ohne seriöse Folgenabschätzung, die im besten Fall sicherheitspolitische
- 27 Placebos, im schlechtesten Fall tiefe Eingriffe in den Rechtsstaat sind. Innenpolitischer
- 28 Aktionismus und fehlende Kontrolle durch den sozialdemokratischen Justizminister vermitteln
- 29 das Bild eines hilflosen Staates, der von jedem Anschlag überrumpelt wird und der
- 30 Kriminalität beständig hinterherhinkt.
- 31 Wir stellen dagegen unser Konzept einer bürgernahen, personell und materiell gut
- 32 ausgestatteten, zielgerichtet arbeitenden Polizei und eines auf klaren rechtsstaatlichen
- 33 Prinzipien beruhenden Informationsaustauschs zwischen den europäischen
- 34 Sicherheitsbehörden.
- 35 **Sicherheit in einem starken Rechtsstaat**

33 In der Sicherheitspolitik brauchen wir fachkundige und professionelle Polizeiarbeit. Dafür  
34 setzen sich unsere grünen Landesregierungen flächendeckend ein. Die Polizei muss auch als  
35 Arbeitgeber attraktiv und in der Gesellschaft anerkannt sein. Die Einsparungen der  
36 vergangenen Jahre waren ein schwerer Fehler. Wir wollen eine motivierte, vielfältige,  
37 personell und sachlich ihren Aufgaben angemessen ausgestattete Polizei. Sowohl in der  
38 Kriminalitätsbekämpfung als auch im Kampf gegen Rechtsextremismus oder den islamistischen  
39 Terrorismus mangelt es an gut ausgebildetem und geschultem Personal. Wir brauchen  
40 Sicherheitsbehörden, die ein Abbild unserer Gesellschaft sind. Mehr Sicherheitsbeamte mit  
41 Migrationshintergrund und Kenntnis mehrerer Sprachen sind ein Gewinn für den Rechtsstaat  
und  
42 für die Verbrechens- und Terrorismusbekämpfung. Eine Polizei, die an der Seite der Menschen  
43 für Sicherheit sorgt und eindeutig für den Rechtsstaat und eine offene Demokratie eintritt.  
44 Auch deshalb setzen wir uns für unabhängige Polizeibeauftragte als Ansprechpartner für  
45 Beamt\*innen wie Bürger\*innen ein, so wie ihn mehrere grün-mitregierte Länder bereits  
46 eingeführt haben.

47 Videoüberwachung oder Videobeobachtung kann an Orten mit hoher Kriminalitätsbelastung und  
48 sensiblen, gefährdeten öffentlichen Orten eine sinnvolle Maßnahme sein. Kameratechnik  
49 ersetzt aber keine Polizeistreifen.

50 Bedrohungslagen wandeln sich. Während die Kriminalität insgesamt sinkt, bereitet die  
51 wachsende Zahl der Wohnungseinbrüche vielen Menschen Sorge. Wir setzen auf mehr  
52 Unterstützung zur Einbruchsprävention. Und wir brauchen eine zielgerichtete,  
53 länderübergreifende Polizeizusammenarbeit, um die gegenwärtige Gefahr abzubauen und auf  
54 künftige Bedrohungen flexibler als durch Gesetzesänderungen reagieren zu können.

55 Mehr Personal mit guter Ausstattung und eine optimierte internationale Zusammenarbeit der  
56 Polizei, die nicht zwei Millionen Überstunden vor sich herschieben, sind zwar nicht so  
57 billig wie Gesetzesverschärfungen, verbessern aber direkt die Sicherheitslage. Bei der  
58 Gefahrenabwehr räumen wir der Polizeiarbeit einen Vorrang gegenüber den Geheimdiensten  
sein.

59 Gefährder der öffentlichen Sicherheit müssen rund um die Uhr gezielt überwacht werden  
60 können, so dass sie bei konkreter Gefahr jederzeit festgesetzt werden können.

61 Den regelmäßigen Rufen nach einem Einsatz der Bundeswehr im Inneren erteilen wir eine klare  
62 Absage. Das ineffiziente Nebeneinander von Bundespolizei, Zollpolizei und Bundeskriminalamt  
63 wollen wir beenden. Die kriminalpolizeilichen Aufgaben des Bundes sollen beim  
64 Bundeskriminalamt (BKA) konzentriert werden. Weil Terror und internationale Kriminalität  
65 keine Grenzen kennen, brauchen wir Sicherheitsbehörden, die international nach klaren  
66 rechtsstaatlichen Kriterien, gemeinsamen Grundrechtsstandards und von den Parlamenten  
67 kontrolliert zusammenarbeiten. Deshalb wollen wir gemeinsame Ermittlungsteams bei Europol  
in  
68 der Terrorismusbekämpfung und im Bereich der organisierten Kriminalität stärken. Die Praxis,  
69 die Sicherung der Außengrenzen der EU auf die Länder am Rand der EU abzuschieben, wollen  
wir  
70 beenden. Europa hat eine gemeinsame Verantwortung für ein europäisches Grenzregime, das  
den

71 Schutz der Menschenrechte zur Grundlage hat, Rechtssicherheit garantiert sowie das Vertrauen  
72 in das Schengen-System stärkt.

### 73 **Kein Fußbreit den Faschisten**

74 Rechtsextreme Fanatiker\*innen, Reichsbürger\*innen, Nazis und sogenannte Identitäre formieren  
75 sich. Es gibt eine zunehmend laute rechte und rechtspopulistische Szene in Deutschland, die  
76 sich im Internet oder bei den Pegida-Demos mit ihrer Hetzerei Gehör verschaffen. Die Zahl  
77 rechter Straftaten hat ein Rekordniveau erreicht. Wir erwarten, dass Polizei und Justiz  
78 rassistische und rechtsextreme Straftaten konsequent ahnden. Wir wollen den Schutz für Opfer  
79 rechter Gewalt verbessern. Wer zum Beispiel Opfer von rechter Gewalt geworden ist, sollte  
80 nicht abgeschoben werden.

81 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus,  
82 antimuslimischer Rassismus, Trans- und Homophobie, Sexismus sowie die Abwertung von  
83 Obdachlosen, Langzeitarbeitslosen und Menschen mit Behinderung gibt es nicht nur am rechten  
84 Rand, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft. Es ist Aufgabe der Politik, dafür zu  
85 sorgen, dass sich alle Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht, ihrer  
86 sexuellen Identität oder Religion – frei und sicher bewegen können – egal ob in Berlin,  
87 Sachsen oder Baden-Württemberg.

88 Wo immer Bürgerinnen und Bürger sich gegen Nazis engagieren durch Bildungs- und  
89 Beratungsarbeit, durch Demos und friedliche Blockaden von Nazi-Aufmärschen oder in der  
90 antifaschistischen Einhornaktion, haben sie volle Unterstützung und Solidarität von uns.  
91 Vereine, Initiativen und Kirchen engagieren sich seit Jahren für mehr Demokratie. Das wollen  
92 wir besser anerkennen und ihre finanzielle Ausstattung sicherstellen.

### 93 **Zäsur beim Verfassungsschutz**

94 Der Staat muss Rechtsextremismus, alltäglichen und institutionell verankerten Rassismus mit  
95 allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen. Sicherheitsbehörden müssen den Blick nach rechts  
96 außen schärfen und dazu das breite Wissen zivilgesellschaftlicher Initiativen besser  
97 würdigen und als Expertenwissen in ihre Analysen einbeziehen. Das Versagen gegenüber dem  
98 rechtsterroristischen NSU hat deutlich gemacht: Das Bundesamt für Verfassungsschutz ist  
99 dauerhaft auf dem rechten Auge blind und nicht in der Lage, für die Demokratie gefährliche  
100 Entwicklungen zu erkennen. Auch die zweifelhafte Rolle des Verfassungsschutzes im Fall Amri  
101 und beim Anschlag auf den Berliner Breitscheidplatz weist auf Fehleinschätzungen hin. Wir  
102 wollen daher die Verfassungsschutzbehörden grundlegend reformieren.

103 Es braucht beim Verfassungsschutz einen Neustart. Statt des Bundesamtes für  
104 Verfassungsschutz in seiner ineffektiven aktuellen Form wollen wir ein personell und  
105 strukturell völlig neues Bundesamt zur Gefahren- und Spionageabwehr gründen, das mit  
106 nachrichtendienstlichen Mitteln klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet

107 Die allgemeine Beobachtung demokratie- und menschenfeindlicher Bestrebungen soll ein  
108 unabhängiges Institut zum Schutz der Verfassung übernehmen, das ausschließlich öffentliche  
109 Quellen nutzt. Wissenschaft und engagierte Zivilgesellschaft sind regelmäßig besser  
110 informiert als das Bundesamt für Verfassungsschutz.

### 111 **Prävention ausbauen – für eine Kultur des Hinschauens**

112 Wir wollen Prävention und Partizipation ausbauen. Wir müssen alles unternehmen, damit junge  
113 Menschen erst gar nicht in menschenverachtende und Gewalt verherrlichende Ideologien  
114 abgleiten, seien sie rechtsextremistisch oder islamistisch. Das gelingt durch eine Kultur  
115 des Hinschauens. Wir wollen Radikalisierung von Anfang an verhindern: Deshalb fordern wir  
116 eine Bildungsoffensive in Kindertagesstätten und Schulen, die Förderung von Demokratie- und  
117 Medienkompetenz junger Menschen sowie eine Stärkung von Beratungsstellen,  
Jugendverbänden  
118 und aufsuchender Jugendarbeit. Dazu gehören auch Justizvollzugsanstalten, denn sie waren in  
119 der Vergangenheit ebenfalls Stationen der Radikalisierung.

120 Wir wollen Präventionsprogramme gegen Rechtsextremismus, als auch gewaltbereiten  
Islamismus  
121 und Salafismus massiv ausbauen und zivilgesellschaftliche Ansätze stärken. Auch  
122 Moscheegemeinden und im Besonderen Imame sind in der Verantwortung, zu kooperieren und  
ihren  
123 Beitrag zur Prävention und Verhinderung der Radikalisierung von Jugendlichen zu leisten.

124 Wir wollen Straftaten vorbeugen. Deshalb sollen Bund, Länder, Kommunen und  
125 zivilgesellschaftliche Institutionen gemeinsam in einem bundesweiten Präventionszentrum  
126 arbeiten. Programme zur Deradikalisierung und für Aussteiger aus der rechtsextremen und  
127 islamistischen Szene wollen wir stärken. Um Terrorakte und Amoktaten zu verhindern, muss der  
128 Zugang zu Waffen erschwert werden. Es ist immer noch viel zu einfach, an illegale  
129 Schusswaffen und umgebaute Dekorationswaffen zu gelangen.

130 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

131

---

### 132 **Kampf gegen rechts stärken**

133 Wir sagen rechten und rechtspopulistischen Kräften in unserer Gesellschaft den Kampf an.  
134 Viele Initiativen, Vereine oder Kirche machen sich gegen Nazis und für eine weltoffene  
135 Demokratie stark. Diese zivilgesellschaftlichen Institutionen verdienen staatliche und  
136 politische Unterstützung und Anerkennung. Wir Grünen wollen sie deshalb dauerhaft mit einem  
137 Demokratiefördergesetz stärken, das ihnen verlässlich die nötigen finanziellen Grundlagen  
138 garantiert. Jeglichen staatlichen Generalverdacht und Druck gegen zivilgesellschaftliche  
139 Akteure, etwa anlasslose Überwachungen durch den Verfassungsschutz, lehnen wir ab.

140

---

### 141 **Der Radikalisierung von Jugendlichen vorbeugen**

142 Wir müssen alles unternehmen, damit junge Menschen nicht in menschenverachtende, Gewalt  
143 propagierende Ideologien abgleiten. Dazu wollen wir eine umfassende und wirkungsvolle  
144 Präventionsstrategie gegen gewaltbereiten Islamismus anwenden. Ein bundesweites  
145 Präventionszentrum soll die Aufgaben koordinieren und alle relevanten staatlichen und  
146 zivilgesellschaftlichen Akteure vernetzen. Dazu gehören: verschiedene Ressorts der  
147 Bundesregierung, die Sicherheitsbehörden, Länder und Kommunen sowie Jugendhilfe,  
148 Jugendverbände, Demokratieinitiativen, islamische Organisationen, Wissenschaft und Medien.  
149 Auch Präventionsnetzwerke vor Ort, die gegen den gewaltbereiten Islamismus angehen, wollen  
150 wir fördern.

151

---

152 **Polizei stärken, Sicherheitsbehörden reformieren**

153 Für mehr Sicherheit braucht es einen rationalen Ansatz, grundlegende Reformen und mehr  
154 Ressourcen. Die Bundespolizei muss personell und technisch besser ausgestattet werden. Das  
155 ineffiziente Nebeneinander von Bundespolizei, Zollpolizei und Bundeskriminalamt wollen wir  
156 beenden. Die kriminalpolizeilichen Aufgaben des Bundes sollen beim Bundeskriminalamt  
157 konzentriert werden. Wir brauchen einen Neustart beim Verfassungsschutz. Statt des  
158 Bundesamtes für Verfassungsschutz in seiner ineffektiven aktuellen Form wollen wir ein  
159 personell und strukturell völlig neues Bundesamt zur Gefahren- und Spionageabwehr gründen,  
160 das klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet. Wir brauchen außerdem ein  
161 verschärftes Waffenrecht. Alle gefährlichen Waffen müssen lückenlos registriert und die  
162 Eignung und Zuverlässigkeit der Besitzer regelmäßig geprüft werden. Wir wollen eine  
163 europaweit einheitliche Kennzeichnung und gemeinsame Standards für die Deaktivierung von  
164 Feuerwaffen einführen.

165

---